

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Neuer Dokumentarband «Liechtenstein 1978 – 1988» erschienen

Ein Buch zum Abschluss der Jubiläumsfeierlichkeiten – Übergabe erster Exemplare auf Schloss Vaduz – Fortsetzung des erfolgreichen 1. Bandes

Im Zeichen der diesjährigen Feierlichkeiten und der Schaffung bleibender Erinnerungen an das Jubiläum der 50jährigen Regierungszeit Seiner Durchlaucht Fürst Franz Josef II. hat die Regierung den Dokumentar-Bildband «Liechtenstein 1978 bis 1988» herausgegeben, in dem die vergangenen zehn Jahre Liechtensteiner Zeitgeschichte in Wort und Bild festgehalten sind. Die ersten Exemplare dieser umfassenden Dokumentation überreichte Regierungschef Hans Brunhart gestern Mittwoch im Rahmen eines kleinen Empfangs auf Schloss Vaduz Ihrer Durchlaucht Fürstin Gina, die den Band stellvertretend für Seine Durchlaucht den Landesfürsten in Empfang nahm, sowie Ihren Durchlauchten Erbprinzen Hans Adam und Erbprinzessin Marie.

Regierungschef Hans Brunhart unterstrich in einer kurzen Ansprache, dass die Regierung die Herausgabe «1978 bis 1988» nicht nur beschlossen habe, weil der erste Band vor zehn Jahren eine überaus positive Aufnahme gefunden habe und heute noch als eines der wesentlichsten Informationsmittel über unsere neuer Geschichte gelte. Der wichtigere Grund liegt nach seiner Auffassung in der Bedeutung, die neuere und neueste Ge-

schichte unseren Bürgerinnen und Bürgern, aber auch allen Interessierten im In- und Ausland, näherzubringen: «Vieles, was die Gegenwart prägt, ist durch Entscheidungen und Entwicklungen der letzten zehn Jahre begründet worden und es scheint mir wichtig, auch die jüngste Vergangenheit in jene Betrachtungen einzubeziehen, welche die Grundlage für die Gestaltung der Zukunft bilden müssen. In das fünfte Jahrzehnt der Regierungstätigkeit unseres Landesfürsten fällt auch die Übergabe seiner verfassungsmässigen Befugnisse an seinen Sohn Erbprinzen Hans Adam. Damit ist dieser zweite Band auch in besonderer Weise ein Dokument der Kontinuität innerhalb unserer monarchischen Staatsform.»

Der Dokumentar-Bildband bildet die Fortsetzung des zum 40. Regierungsjubiläum erschienenen Bandes «Liechtenstein 1938 bis 1978». Der Band ist im Buchhandel erhältlich. In Gemeinden ohne Papeterie oder Buchhandlung wird das Buch auch in anderen Geschäften vertrieben. Da im Grundwerk kein Personen- und Sachregister enthalten ist, erscheint nun zusammen mit dem Dokumentarband «Liechtenstein 1978 bis 1988» auch ein separater Registerband für die Jahre 1938 bis 1978. Damit ist ein halbes Jahrhundert der neueren und neuesten



Der zweite Teil des Dokumentarbandes, der die Jahre 1978 bis 1988 umfasst, wurde gestern vormittag auf Schloss Vaduz übergeben. I. D. Fürstin Gina und S. D. Erbprinz Hans Adam nahmen die ersten Exemplare stellvertretend für S. D. Fürst Franz Josef II. in Empfang. Links auf dem Bild Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, rechts Regierungschef Hans Brunhart, dahinter verdeckt I. D. Erbprinzessin Marie. (Bild: Beat Schurte)

Geschichte Liechtensteins, die durch die segensreiche Regierungstätigkeit Seiner Durchlaucht des Landesfürsten gekennzeichnet ist, auf umfassende Art doku-

mentiert und eine wesentliche Informationsquelle zu diesem wichtigen Abschnitt der liechtensteinischen Geschichte erschlossen.

Ministertagung des EFTA-Rates

Die EFTA ist die wichtigste Plattform für die Vertiefung der Zusammenarbeit ihrer Mitgliedländer mit der Europäischen Gemeinschaft bei ihrem gemeinsamen Bemühen zur Schaffung eines alle achtzehn EFTA- und EG-Länder umfassenden Europäischen Wirtschaftsraumes. Diese Auffassung vertraten die Minister, der EFTA- und EG-Staaten nach ihrer Sitzung im Anschluss an die Ministertagung des EFTA-Rates. An der Konferenz war unser Land durch Regierungsrat René Ritter und den Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, Dr. Benno Beck, vertreten.

Nach einem im Anschluss an die gemeinsame EFTA-EG-Sitzung veröffentlichten Communiqué bekräftigten die Minister die Bedeutung, welche die EG dieser gemeinsamen Aufgabe beimesse. Die Minister begrüssten den vor kurzem gefassten Beschluss der EFTA-Länder, neue Bereiche für exploratorische Gespräche mit der EG zu identifizieren.

Dies spiegelt nach ihrer Meinung die Entschlossenheit der EFTA-Länder, ihre Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft auf Bereiche, die über den Industriegüterhandel hinausgehen, auszuweiten, mit dem Ziel, die EFTA-EG-Beziehungen parallel zur Vollendung des EG-Binnenmarktes zu entwickeln.

Waldschadenbericht in zwei Wochen

Die Schweiz hat vor einigen Tagen ihren jährlichen Bericht über die Waldschadensituation veröffentlicht, in dem eine Stabilisierung, teilweise gar eine Reduktion der Waldschäden festgestellt wurde. Am Pressegespräch vom Dienstag führte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille aus, dass die liechtensteinischen Zahlen über das Ausmass und die Entwicklung der Waldschäden in etwa zwei Wochen folgen werden. Nach seinen Aussagen dürfte das Ausmass der Schädigungen nicht weit von den schweizerischen Erhebungen abweichen.

In unserem Land werden nach dem Programm «Gesunder Wald» jährliche Umfragen im Wald durch die speziell ausgebildeten Förster gemacht. Ausserdem wurden mit dem GEWA-Programm rund dreissig Dauerbeobachtungsflächen ausgeschieden, die Vergleichsmöglichkeiten über die Entwicklung der Waldschäden bieten. Diese Erhebungen, zusammen mit den Bodenproben und der Auswertung der Proben aus Eingeweidengestängelter Wildtiere, werden derzeit ausgewertet.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille wies in seinen weiteren Ausführungen darauf hin, dass unterschiedliche Auffassungen über den Begriff «Schädigungen» bestehen. Anlässlich der Konferenz der Umweltminister in St. Moritz habe er deshalb angeregt, einheitliche Kriterien für die Erhebungen der Waldschäden und für die Auswertung der Daten zu schaffen.

Unterschiede bestehen nach seinen Angaben zwischen einzelnen Ländern, da beispielsweise die Schweiz und Frankreich unter dem Begriff «Schaden» nicht das gleiche Ausmass an Beeinträchtigung für den Wald und für den einzelnen Baum verstehen würden.

Sozialfonds – nur kleines Problem?

Stellungnahme von Regierungschef Dr. Peter Wolff am Pressegespräch

(G.M.) – Als zuständiger Ressortinhaber für das Sozialwesen ging Regierungsrat Dr. Peter Wolff am Pressegespräch vom Dienstag auch auf die Kontroverse zwischen Sozialfonds der Gewerbe- und Wirtschaftskammer und der Regierung ein. Er unterstrich in seinen Ausführungen, dass das Reglement des Sozialfonds nicht den Bestimmungen des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge entspreche und bezeichnete den Vorschlag der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, das Gesetz zu ändern, als unrealistisch. Vielmehr sollte nach seiner Auffassung das Reglement des Sozialfonds gemäss den gesetzlichen Bestimmungen geändert werden.

Regierungsrat Dr. Peter Wolff spielte die Angelegenheit etwas herunter und sprach nicht von einer Auseinandersetzung zwischen Gewerbe- und Wirtschaftskammer und Regierung, sondern von einer Klarstellung der Regierung auf Aussagen, die im Zusammenhang mit dem Sozialfonds des Gewerbes und mit der gesamtarbeitsvertraglichen Abmachung zwischen dem Gewerbe und dem Liechtensteinischen Arbeitnehmerver-

band (LANV) gemacht wurden. Sammelinstitutionen, wie sie der Sozialfonds eine darstelle, sind nach dem Gesetz zulässig, erklärte Regierungsrat Dr. Peter Wolff, doch entbehe die Bildung solcher Sammelinstitutionen nicht von der Pflicht, dass die einzelnen Betriebe über die Vermögensanlage und die definitive Ausgestaltung der betrieblichen Vorsorge selbst entscheiden müssten.

Den Sozialfonds bezeichnete Dr. Wolff als ein gutes Modell, doch werde im Reglement übersehen, dass die einzelnen Betriebe autonom entscheiden müssten.

Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer wurde nach seinen Angaben vom Amt für Volkswirtschaft auf die gesetzeswidrige Bestimmung aufmerksam gemacht, und auch ein vom Gewerbe in Auftrag gegebenes Gutachten vertrete den gleichen Standpunkt wie die Regierung. Das Gutachten wies im übrigen auch den Ausweg, wie ohne grosse Änderungen die Gesetzeskonformität wiederhergestellt werden könne.

Neue Ampel bei der Aeulestrasse

(pafl) – Beim Fussgängerstreifen auf der Aeulestrasse zwischen der Post Vaduz und dem Café Amann wird eine kombinierte Ampelanlage installiert, die einerseits als konventionelle Fussgänger-Lichtsignalanlage mehr Sicherheit für den stark frequentierten Übergang bringt und andererseits über ein Steuerprogramm die Fahrbahn sperrt, sobald ein Bus die Haltebucht vor der Post verlässt. Die Regierung hat in der Sitzung vom 29. November dieses Projekt im Sinne einer Erhöhung der Verkehrssicherheit und einer Massnahme zur Förderung des öffentlichen Verkehrs genehmigt und die Arbeiten in Auftrag gegeben.

Die Haltebucht an der Aeulestrasse konnte bisher vom Reisedienst der Post Vaduz wegen der ungünstigen Ausfahrtbedingungen zu einem Teil genutzt werden. Mit der Errichtung einer kombinierten Ampelanlage kann die Haltebucht optimal in das Kursnetz integriert werden, womit vor allem unnötige Schleifenfahrten künftig vermieden werden können.

Verlängerung der Heizöl-Frist

Schwefelhaltiges Heizöl aus Lagern erst bis 1996 verbrennen

(G.M.) – Die Verbrennung des in den Pflicht- und anderen Lagern eingelagerten Heizöls, das erheblich höhere Schwefelgehalte als das heute im Handel zugelassene Heizöl enthält, bringt Schwierigkeiten mit sich. Nach einem früheren Beschluss der Regierung sollte dieses Heizöl bis spätestens 1992 verbrannt oder beseitigt werden. Nun hat die Regierung aufgrund der aufgetauchten Probleme beschlossen, diese Frist bis 1996 zu verlängern.

Wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Pressegespräch ausführte, waren die Schwierigkeiten mit dem schwefelhaltigen Öl bei der Einlagerung bekannt. Doch habe sich die Regierung damals auf den Standpunkt gestellt, dass der Lagerhaltung von Brenn- und Treibstoffen eine wichtige Aufgabe zufalle. Auch heute bestehe von Seiten der Regierung noch Interesse an der Haltung von Pflichtlagern und generell an einer Lagerhaltung, doch müsse im Hinblick

auf den Verbrauch des eingelagerten, stärker schwefelhaltigen Heizöls der Aufbau des Erdgasnetzes mitberücksichtigt werden.

Wenn das gegenwärtig noch in den Lagern vorhandene Öl, das auf gesamthaft 24 000 Tonnen geschätzt wird, bis 1992 verbrannt werden soll, so würde in dieser Zeit das Ausmass der Schadstoffe in der Luft wieder ansteigen. Zudem stelle sich für Betriebe, die schon auf Erdgas umgestellt haben, das Problem, wie sie das Öl in der vorgegebenen Zeit verbrauchen oder verbrennen sollten.

Nach den weiteren Ausführungen von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille sind Projekte wie die Entschwefelung in einer Öldestillier- oder die Verbrennung mit Hilfe von Rauchgasreinigungsanlagen in Betracht gezogen, aber wieder verworfen worden. Die Entschwefelung in einer entfernten Anlage komme aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Frage, der Einsatz von Rauchgasreinigern wäre nur bei Grossanlagen möglich.

Alles in allem, Staat und Gemeinden, teilweise auch private Halter von Öllagern wären kaum in der Lage, bis zur vorgesehenen Frist bis 1992 das eingelagerte Heizöl sinnvoll zu verbrennen. Aus ökologischen Gründen, so Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, sei deshalb eine Fristerweiterung bis 1996 sinnvoll.

Malus-System für «Stinkautos»

St. Gallen (spk) Der St. Galler Grosse Rat hat am Mittwoch in der Schlussabstimmung das Malus-System bei der Besteuerung von schadstoffreichen Autos mit 130:20 Stimmen nochmals bestätigt. Unmittelbar nach der Abstimmung gab die Autopartei die Lancierung einer Initiative «für mehr Demokratie bei den Strassenverkehrs-Abgaben» bekannt.

Nebst der Abschaffung der als «unvernünftig» bezeichneten «Strafsteuer», soll mit dem Volksbegehren künftig jede Steuererhöhung dem Volk unterbreitet werden müssen. Die Autopartei will sich gemäss einem Communiqué um die Mitarbeit aller interessierten Verbände bemühen. Bereits haben der Automobil Club (ACS), der Touring Club der Schweiz (TCS) und die Strassenverkehrsliga signalisiert, sie seien für ein derartiges Begehren zu haben. Der genaue Initiativtext soll noch in diesem Jahr ausgearbeitet werden. Unterschriften werden ab nächsten Frühling gesammelt.

Butterberg praktisch abgebaut

Genf (AP) Die als «Butterberg» bezeichneten Bestände aus der Überproduktion von Molkereierzeugnissen sind nach Darstellung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) praktisch abgebaut, nachdem die weltweite Milchproduktion 1987 erstmals seit 20 Jahren zurückgegangen ist. Einem am Donnerstag veröffentlichten GATT-Bericht zufolge muss weiterhin mit hohen Preisen für Molkereiprodukte und möglicherweise mit Preissteigerungen im kommenden Jahr gerechnet werden. Die Weltmarktpreise für Käse und Milchpulver haben in diesem Jahr das höchste Niveau seit 1980 erreicht.

«Im Herbst 1988 gab es so gut wie keine Überproduktionsbestände bei Molkereierzeugnissen», schrieben die Analytiker des GATT-Sekretariats in Genf. Sie wiesen jedoch darauf hin, dass die Milchproduktion in diesem Jahr weltweit wieder das Niveau von 1986 erreicht habe und dass «weiterhin die Gefahr besteht, dass es in den kommenden Jahren erneut zu Störungen im Molkereiproduktsektor kommt».

Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.

THONY office

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16

Wir machen seit 1975 Forderungen zu Bargeld

afi

ANSTALT FÜR INKASSODIENSTE

Vaduz, Heiligkreuz 44, Tel. 2 99 44

Über 25.000 Inkasso-Aufträge erfolgreich abgeschlossen